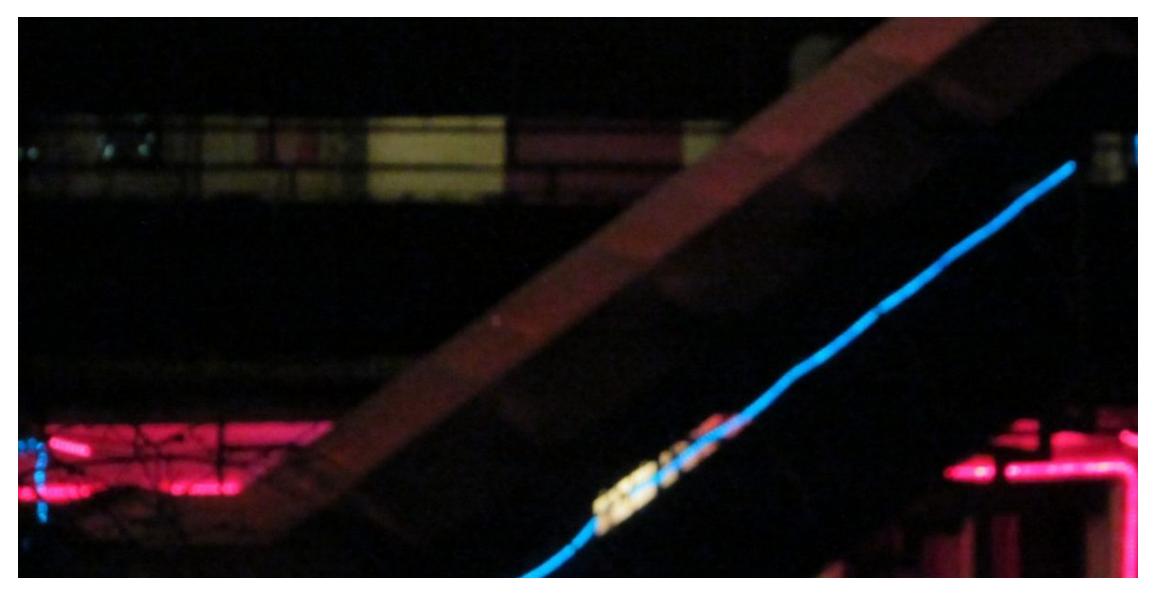






PETER NOWAK 2019-12-13

ABSCHIED VON THUNBERG

GOSSE ÖKODIKTATUR, ÖKOLOGIE, FRIDAY FOR FUTURE, KLIMAKATASTROPHE

Die Klimabewegung muss künftig über das Verhältnis zum Kapitalismus reden, um nicht in das System integriert zu werden

Nun wurde auch Greta Thunberg zur Person des Jahres gekürt. Das ist vielleicht eine gute Nachricht für die globale Klimabewegung. Aber in einem anderen Sinne, als wohl manche ihrer Fans glauben. Denn, wer zur Person des Jahres gekürt wird, ist meistens nicht mehr in der konkreten politischen Auseinandersetzung relevant. Längst droht Thunberg zum Cover-Girl einer Kapitalfraktion zu werden, die sich an ihren Panik-Reden ergötzt, um nur weiter gute Geschäfte nun unter dem Label "Öko" zu machen. Mittlerweile ist aber auch in der Umweltbewegung ankommen, dass Panik auch den gegenteiligen Effekt haben kann.

Das scheint auch Greta Thunbergs Berater begriffen zu haben. Deutlich wurde dies bei ihrer Rede auf der Klimakonferenz in Madrid, wo es nur ein wenig Panik aber viele Fakten gab. Sie nannte zwar viele Zahlen, aber die Botschaft lautete, wir haben keine Zeit mehr. Wenn sie dann diffus doch noch einen optimistischen Zug in ihre Rede bringt, dass die Menschen es noch schaffen können, dann wird eben suggeriert, jeder einzelne könne über das Klima entscheiden. Kapitalistische Verwertungsinteressen kommen nicht vor. Das kann man Thunberg vorwerfen.

WARUM NICHT MEHR WIDERSTAND GEGEN DEN VERZICHTSÖKOLOGEN NICO PAECH?

Doch die globale Klimabewegung muss sich die Frage stellen und den Systemchange zur entscheidenden Frage machen. Das ist tatsächlich ein wesentlich schwierigeres Unterfangen, als einfach einmal ein Jahr auf Fliegen zu verzichten. Nur ist es politisch fahrlässig, den Eindruck zu erwecken, man könnte vom Kapitalismus schweigen, wenn es um die Umweltkrise geht. Das gibt nur populistischen Strömungen Aufschwung, die es nicht nur auf Seiten der Klimaleugner gibt. Es gibt auch Ökopopulisten wie jenen Verzichtsökologen Nico Paech, der sich auch in der Wortwahl aus dem Fundus rechter Zivilisationskritiker bedient, wenn er den "dekadenten Lebensstil" der Mehrheit der Menschen angreift, einen Stopp von Neubauten und Abschaltung des Internets jeden zweiten Tag fordert.

Hier wird einer Ökodiktatur das Wort geredet und es ist schon erstaunlich, dass die vielen, die die Gefahr durch die AfD und Co. beschreiben, nicht genauso den Horrorvisionen eines Nico Paechs den Kampf ansagen. Der steht in schlechter

rechtsökologischer Tradition. Denn es gibt schon lange Bestrebungen, im Namen der Ökologie diktatorische Bestrebungen zu fördern. Darauf wies der Umweltredakteur Nick Reimer in der Wochenzeitung Freitag unter der Zwischenüberschrift "Alternative Ökofaschismus" hin:

> *Der französische Sozialphilosoph André Gorz entwickelte in den 1970ern einen Totalitarismus, der keine individuellen Grundrechte mehr kennt und das Staatshandeln ökologischen Zielen unterordnet; man könnte Ökofaschismus dazu sagen. Wolfgang Harich, Marxist und Querdenker in der DDR, setzte dem einen Öko-Kommunismus entgegen: Massenentzugskuren und Güterkontingente sollen die Apokalypse verhindern. Herbert Gruhl, Mitgründer der Grünen, entwarf die Idee des "kontrollierten Kapitalismus": Ein autoritärer Staat müsse seinen Bürger Verzicht abverlangen und die Ökologie ins Zentrum stellen.*
>
> *Nick Reimer*

Reimer hätte noch weitere Beispiele für die Symbiose von Ökologie und Faschismus hinweisen können, beispielsweise auf Baldur Springmann, der bei den frühen Grünen gefeiert wurde und sich später offen zum rechten Milieu bekannte, das er eigentlich nie verlassen hatte. Doch das Resümee, dass Nick Reimer aus seiner guten Analyse zieht, ist so bescheiden, als hätte er es für einen Parteitag der Grünen verfasst:

> *Wer auch in Zukunft in einer Demokratie leben möchte, der muss sich heute gegen SUVs, gegen übermäßigen Fleischkonsum, gegen Kaffeekapseln und Ölheizungen einsetzen. Wer unsere Freiheiten zukunftssicher machen will, der muss für Windkraft, für Konsumverzicht, für den Kampf gegen klimaschädliche Individualfreiheiten und für die richtigen politischen Rahmenbedingungen streiten.*
>
> *Nick Reimer*

Auch bei ihm kommt der entscheidende Gedanke nicht vor, dass wer den Klimawandel wirklich bekämpfen will, vom Kapitalismus und seiner Überwindung reden muss.

WIE WEITER FÜR DIE JUNGEN KLIMAAKTIVISTEN?

Ein Potential ist vorhanden. Schließlich haben sich über die Klimakrise eine Menge junger Menschen in aller Welt aktiviert, die nach dem zweiten großen Klimastreik vom 29.11. ernüchtert sind. Denn noch so viele Durchhalteparolen können nicht verdecken, dass es nach dem ersten großen Klimastreik am 20. September keinen qualitativen und quantitativen Fortschritt gibt. Der Kapitalismus beginnt, auch diesen Protest in die eigene Systeme einzuspeisen. Schon lässt sich ein Teil der Berliner Fridays for Future in die Vorbereitung einer sogenannten Bürgerversammlung mit Massenpetition einspannen, die im nächsten Jahr im Berliner Olympiastadion über die Bühne gehen soll.

Da wäre es doch höchste Zeit, wenn die kapitalismuskritischen Teile der Klimabewegung, die unter dem vagen Titel Change for Future bekannt wurden (Ein Wirtschaftssystem, das auf Wachstum und Profit ausgelegt ist, kann nicht nachhaltig sein) aus ihrer Versenkung auftauchen würden.

KLIMAWANDEL ZUM SYSTEMWANDEL MACHEN

Dazu müssten sie auch ganz klar mit dem Kult um Greta Thunberg brechen, der in der Taz so dargestellt wird, dass ihre Fans vor sich selber geschützt werden müssten:

> *Neben ihren eigenen Sicherheitsleuten hat die UN Thunberg ein ganzes Team von Bodyguards an die Seite gestellt. "Sicherheitsstufe wie bei Staatsoberhäupern", heißt es. Die Angst sei weniger, dass jemand die Teenagerin angreift, sondern vielmehr, dass ihre Fans sich gegenseitig niedertrampeln. Diese Furcht ist nicht unbegründet: Als Thunberg mit dem Zug in Madrid ankam, sorgte der Andrang für Chaos, bei der Demonstration am Freitag konnte sie aus Sicherheitsgründen nicht richtig mitlaufen. Einen Sit-in am Freitag auf der COP mussten die UN-Behörden abbrechen, weil sie Verletzte befürchteten.*
>
> *taz*

Es wäre an der Zeit, nicht mehr über Thunberg, sondern über den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Klimakrise zu reden, wie es die Leipziger Gruppe Workers For Future getan hat. In ihren Texten bringen sie die Klimakrise in Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktionsweise und nennen auch ganz ohne Panik einige Möglichkeiten, da etwas zu ändern. Eines ihrer gar nicht bescheidenen Ziele lautet: "Partizipation und demokratische Mitgestaltung in Branchen und Betrieben sind bei Klimaschutzfragen ein Gebot der Stunde." Das ist auf jeden Fall konkreter als zum Schnäppchenpreis die Welt zu retten und alles im kapitalistischen Fahrwasser zu lassen.

taken from here

Foto: Bernhard Weber

← PREVIOUS NEXT →

META

CONTACT
FORCE-INC/MILLE PLATEAUX

IMPRESSUM
DATENSCHUTZERKLÄRUNG

TAXONOMY

CATEGORIES
TAGS
AUTHORS
ALL INPUT

SOCIAL

FACEBOOK
INSTAGRAM
TWITTER